



SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFT  
IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

KOLN-Bayenthal, den 27. Juli 1961.  
Bayenthalgürtel 15  
Telephon: 38 14 41

Ref.: HA/gw

Vertraulich

Herrn Minister Robert K o h l i  
Generalsekretär der Eidgenössischen  
Politischen Departements

B e r n

Berlin-Krise

an	FK	JK	HN					
Datum	31.7.	28						
Visa	PK	an k						6
EPD 31. Juli 1961								
Ref. A. B. 75. 1. 3.								

Herr Generalsekretär,

Mein Mitarbeiter, Dr. Hartmann, hatte kürzlich Gelegenheit, sich mit dem für die Wiedervereinigungs- und die Berlin-Frage zuständigen Sektionschef im Auswärtigen Amt, Legationsrat I.Kl. Forster, über die Berlin-Krise zu unterhalten. Aus diesem Gespräch sei hier zusammenfassend folgendes festgehalten.

1. Die primäre Frage nach der sowjetischen Zielsetzung beantwortet der Gesprächspartner dahingehend, dass Berlin als letzte Insel der Freiheit und der westlichen Lebensart langsam abgedrosselt und dem roten Imperium allmählich einverleibt werden soll. Die sogenannte "Freie Stadt Berlin" sei nur als Zwischenstufe auf diesem Wege gedacht. Die Fernziele gehen allerdings noch weiter; Moskau tendiert auf die Isolierung und Entmachtung Westdeutschlands, dessen Industriepotential möglichst intakt dem Osten mehr und mehr dienstbar gemacht werden soll.

Der wahrscheinlich zu erwartende einseitige Friedensschluss mit der DDR sei somit nicht Bestandteil der eigentlichen Zielsetzung, sondern eher Mittel zum Zweck. In der Tat werde sich der vorgesehene Vertrag mit Pankow für die Sowjets nicht in jeder Beziehung als vorteilhaft erweisen. Faktisch wäre dadurch der ostdeutsche Satellit für den Westen noch lange nicht



salonfähig; der "Fetzen Papier" werde ja ohnehin nur von den Staaten unterschrieben werden, die mit der DDR bereits auf normalem Fusse stehen. Sodann bringe die Abriegelung des Flüchtlingsloches bei Berlin für den ostdeutschen Staat innere psychologische und wirtschaftliche Schwierigkeiten. Der Charakter des Druck- und Schreckmittels der angedrohten Massnahme sei somit unverkennbar.

2. Auf die Frage, wieweit Moskau die Krise treiben werde, erklärte der Gewährsmann entschieden, Chruschtschow werde einen Atomkrieg auf alle Fälle zu vermeiden trachten. Aus diesem Grunde werde er die DDR nach einem allfälligen Friedensvertragsabschluss unter straffe Kommandogewalt nehmen, so dass bei der Kontrolle der westlichen Zufahrtswege durch DDR - Organe nicht unabsehbare Risiken eingegangen werden müssen. Man habe bereits Beweise dafür, dass Ulbricht sehr kurz an der Strippe Moskaus gehalten werde. Beispielsweise wisse man, dass ihm der Inhalt des Memorandums, das Chruschtschow Kennedy in Wien überreicht hat, erst später zur Kenntnis gebracht worden ist. Die klare Haltung der Amerikaner in Bezug auf das militärische Standhalten in Berlin lasse jede "Fehlspekulation grösseren Stils" ausscheiden. Es könnten höchstens sowjetische Fehlrechnungen in Bezug auf geringfügigere Dispositionen der DDR aufkommen, die aber nicht unbedingt zur grossen Auseinandersetzung führen müssten, da auch der Westen sich der daraus entstehenden katastrophalen Folgen bewusst sei.

3. Die westliche Gegenreaktion auf die Berlin-Krise müsse nach zwei Seiten hin erfolgen. Einmal sei es wichtig, dass er in der psychischen Kriegführung zur Offensive übergehe. Es werde an neuen Ideen herumgearbeitet, die in diesem Zusammenhang propagiert werden und auf die Weltöffentlichkeit abgestimmt sein sollen.

Sodann müssen praktische Massnahmen vorbereitet werden. Als erstes komme die Luftbrücke in Betracht. Glücklicherweise sei man heute auf eine solche weit besser vorbereitet

als 1948. Obschon Radarstörungen von der Ostseite her möglich seien, nehme man an, dass bei einigermassen gutem Flugwetter der ganze Bedarf der Stadt Westberlin durch die Luft herangeführt werden könne. Der Gewährsmann glaubt, dass Westberlin - um eine grobe Zahl zu nennen - ein Jahr gehalten werden könne. Die Benützung der Luftbrücke habe den besonderen Vorteil, dass zu deren Störung der Gegner aktiv werden müsse, d.h. ostzonale oder sowjetische Flugzeuge müssten eingreifen und würden sich derart eindeutig als Aggressoren demaskieren - anders beim Landweg. Bei Stockungen irgendwelcher Art könnte dort der Westen in die Lage versetzt werden, offensiv vorzugehen und müsste damit seinerseits die Verantwortung für den ersten Schuss auf sich nehmen. Darin liege die Schwierigkeit und die Gefahr bei der Aufrechterhaltung der Strassenzufahrt. Man wolle jedoch diesen Aspekt nicht allzusehr publik werden lassen, um die Ostbehörden nicht zum voraus dazu zu verleiten, die Barriere zu errichten. Auch aus grundsätzlichen Gründen sei es opportun, möglichst lange auf dem rechtlich fundierten Zufahrtsweg auf dem Lande nach Berlin zu insistieren.

Für den Fall von Zwischenfällen und Friktionen zu Luft oder zu Lande seien sodann eine Reihe von Eventualmassnahmen in Vorbereitung (contingency), um je nach Eintreten des Falles X oder Y die hierfür vorgesehene Abwehraktion einzuleiten. Hierüber müsse aus naheliegenden Gründen noch grösste Vertraulichkeit bewahrt werden. Wichtig sei jedenfalls, dass es der Westen nicht an Sorgfalt mangeln lassen werde und dass er nicht wegen unbedeutenden Zwischenfällen mit überdimensioniert harten Massnahmen antworten werde.

Eine der wichtigsten, sehr wahrscheinlich zur Anwendung kommenden Gegenmassnahmen sei die Kündigung des Interzonenhandels. Man wisse zuversichtlich, dass ein solches Embargo die DDR in grosse Schwierigkeiten bringen werde. Im Auswärtigen Amt hofft man, dass bei einem solchen Boykott des DDR-Handels nicht etwa Schweden oder die Schweiz durch Ausnützung der Situation den

Effekt der deutschen Massnahme dezimieren werde (über das Prinzip des "courant normal" war der Gesprächspartner offenbar nicht im Bild).

4. Was allfällige West-Ostverhandlungen über die Berlin-Krise anbelangt, so seien diese nicht ausgeschlossen. Der Westen fühle sich angesichts des heraufziehenden Gewitters der Menschheit gegenüber verpflichtet, alles zu tun, um eine friedliche Lösung zu suchen. In Bonn erwarte man jedoch kein positives Verhandlungsergebnis. Die Standpunkte seien zu extrem; man könnte geradesogut den Versuch unternehmen, mit dem Papst über den Atheismus zu verhandeln. Im übrigen werde eine solche Konferenz wahrscheinlich schon an gewissen Vorfragen, beispielsweise derjenigen der Beteiligung ostdeutscher Vertreter, zum Scheitern verurteilt sein. Eine Konferenz aller am Kriege mit Deutschland beteiligter Staaten vollends sei sinnlos. Oestlicherseits würde daraus zweifellos nur ein Propagandapalaver gemacht. Im übrigen hätte eine Reihe dieser ehemaligen Belligerenten von den spezifisch deutschen Problemen keine Ahnung.

5. Auch die Einschaltung der UNO, die ebenfalls nicht ausgeschlossen werden könne, werde zu nichts führen. Nach den im Kongo gemachten Erfahrungen und der sowjetischen Kritik an der Institution Hammarskjöld sei es undenkbar, dass dieses Krisenproblem durch die UN gelöst werden könne; im besten Fall könne eine gewisse Entschärfung der Situation und die Stundung des Ultimatums erwartet werden.

6. Die hier neuerdings zirkulierende Idee, durch die Berlin-Krise soll eine in Ostasien in Vorbereitung befindliche Aktion kaschiert werden, scheint meinem Gesprächspartner eher zweifelhaft. Bei der Wendigkeit der Sowjetdiplomatie sei es allerdings nicht gänzlich ausgeschlossen, dass Chruschtschow - insbesondere bei einem Fehlschlag der Pressuren auf Berlin - den Akzent seiner aussenpolitischen Aktion plötzlich auf einen anderen Frontabschnitt verlagere.

Ich versichere Sie, Herr Generalsekretär,  
meiner vorzüglichen Hochachtung.